

**A-Post**

Schweizerischer Städteverband  
Monbijoustrasse 8  
Postfach 8175  
3001 Bern

Zürich, 14. November 2011


**Bundesgesetz über die Anpassung der flankierenden Massnahmen zur  
Personenfreizügigkeit**

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur Stellungnahme im Rahmen des  
Vernehmlassungsverfahrens zu den Anpassungen der flankierenden  
Massnahmen zur Personenfreizügigkeit, der wir gerne nachkommen.

Die Städteinitiative Sozialpolitik begrüsst die geplanten Anpassungen der  
flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Die aufgedeckten  
Verstösse zeigen die Notwendigkeit von Kontrollen und Verbesserungen im  
Vollzug. Die kommunale Sozialpolitik hat daran ein grosses Interesse. Denn  
Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen aufgrund der Personenfreizügigkeit  
droht in erster Linie in Berufen und Branchen mit tiefem Lohnniveau. Dort  
verdrängte Arbeitnehmenden haben schlechte Karten, eine andere Stelle mit  
einem existenzsichernden Lohn zu finden, was oft dazu führt, dass über kurz  
oder lang die Sozialhilfe für ihre Existenzsicherung aufkommen muss.

Freundliche Grüsse

  
Martin Waser, Stadtrat  
Präsident

  
Thomas Meier  
Stv. Geschäftsführer

Präsidium  
Martin Waser  
Sozialvorsteher, Zürich

**Geschäftsstelle**  
c/o Stadt Zürich  
Sozialdepartement  
Werdstrasse 75, Postfach  
CH-8036 Zürich  
T + 41 44 412 60 12  
F + 41 44 412 66 09  
info@staedteinitiative.ch  
www.staedteinitiative.ch

Secrétariat Suisse latine  
info@initiative-villes.ch  
www.initiative-villes.ch